

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/239

15. Dezember 1975

Dämpfung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen

SPD beschloß als erste Partei umfassenden Maßnahmenkatalog

Von Friedel Lööpke MdL
Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 bis 3 / 117 Zeilen

Mit "Option III" zur Rüstungsreduzierung

Die westlichen Impulse für die MBFR-Verhandlungen

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 4 / 28 Zeilen

Rettungswesen wird zügig modernisiert

Dichtes Netz von Rettungshubschraubern bietet optimale Hilfe

Von Horst Seefeld MdB
Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

Seite 5 und 6 / 73 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Klassenauftrag der Grenztruppen"

Von Erich Peter
Generalleutnant der Nationalen Volksarmee, Stellvertreter des Verteidigungsministers und Chef der Grenztruppen der DDR

Seite 7 und 8 / 94 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhart Ebert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 180 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 60 57 - 28
Telex: 82 68 245 - 48 ppba d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 06 11

Dämpfung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen

SPD beschloß als erste Partei umfassenden Maßnahmenkatalog

Von Friedel Läßle MdL

Mitglied des Vorstandes der SPD

Fast unbemerkt von der interessierten Öffentlichkeit, doch sorgfältig registriert durch die Landespresse, hat der SPD Parteitag in Mannheim noch kurz vor seiner Beendigung einen bemerkenswerten Antrag angenommen. In einem Zehn-Punkte-Programm wurden Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beschlossen, die sicherstellen sollen, daß auch im Übergang zu den 80er Jahren die Gesundheitssicherung der Bevölkerung zu einem vertretbaren finanziellen Aufwand gewährleistet bleibt.

Wie gefährdet jedoch diese Gesundheitssicherung ist, mag ein kurzer Blick auf das Ausmaß der Kostenexplosion im Gesundheitswesen verdeutlichen. Zahlen, die eine eindringliche Warnung enthalten und die man nicht vergessen sollte. 1971 betrug die Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 29,58 Milliarden DM. Bereits 1974 betrug diese Ausgaben 49,186 Milliarden DM. Nach Schätzungen der Experten werden es spätestens 1979/80 rund 100 Milliarden DM sein, wenn nichts Entscheidendes passiert. Wäre man auch zunächst vielleicht noch geneigt, solche Zahlen als gegeben hinzunehmen, so vermag die damit verbundene Belastung der Versicherten mit Sicherheit zu verdeutlichen, daß eine Korrektur dringend erforderlich ist. Denn aufzubringen haben diese 100 Milliarden DM die 91 vH Bevölkerung, die sozialversichert sind, mit ihren Krankenkassenbeiträgen, die genauso explosionsartig anwachsen müßten.

Bei einem durchschnittlichen Beitragssatz zur Krankenversicherung von derzeit rund 11 vH des Bruttoeinkommens müssen Sozialversicherte 231 DM zu ihrer Gesundheitssicherung aufwenden. 1979/80 jedoch müßte der Versicherte, um die 100 Milliarden Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung aufzubringen, einen Beitragssatz von ca. 16 vH leisten. In Zahlen bedeutet dies, daß der Sozialversicherte bei einem Einkommen von DM 2.800 monatlich allein 378 DM zur Krankenversicherung zu zahlen hätte. Der Einwand, die Hälfte davon trage der Arbeitgeber, ist zwar formal richtig, in der Sache ist jedoch auch diese Hälfte eine Leistung des Arbeitnehmers. Seine Belastung müßte steigen, während der Arbeitgeber versuchen würde, höhere Belastungen über die Preise abzuwälzen.

Als erste Partei hat nun die Sozialdemokratie in Mannheim ein Zehn-Punkte-Programm zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beschlossen, das alle betrifft, die zur Kostenexplosion beigetragen haben: Krankenhäuser,

Ärzte, Pharmaindustrie, Krankenkassen und auch die Versicherten selber. Ohne Anspruch auf Ausführlichkeit sollen die wesentlichsten Maßnahmen zu den fünf Bereichen hier einmal dargestellt werden.

1/ Krankenhauswesen

Mit durchschnittlich 17,6 Tagen ist die Krankenhausverweildauer in der Bundesrepublik deutlich höher als in allen anderen Ländern. Experten schätzen, daß jeder Tag, der davon eingespart werden könnte, eine Einsparung von rund einer Milliarde DM bringe. Um dies zu erreichen, forderte der Parteitag: a) das Bettenangebot in Akutkrankenhäusern zugunsten von Leicht- und Langliegerkrankenhäusern deutlich zu reduzieren, b) die Wirtschaftlichkeitsprüfungen der Krankenhäuser effizienter zu machen, und c) den Krankenhäusern das Recht auf vorstationäre Diagnostik und nachstationäre ambulante Behandlung zu gewähren. "Die Krankenhausbedarfsplanung, die in die Kompetenz der Länder fällt, muß sich stärker am tatsächlichen Bedarf ausrichten", wobei der Länderplanung bundeseinheitliche Bedarfskriterien vorzugeben sind. Eine solche bedarfsgerechte Planung sollte sowohl dazu beitragen, Überkapazitäten abzubauen, als auch einen regionalen Mangel an Einrichtungen auszugleichen. Gleichzeitig ist vorgesehen, den Krankenkassen größeren "Einfluß auf den Planungsprozeß einzuräumen."

Krankenhauspflegesätze, bei deren Gestaltung und Festlegung den Krankenkassen ein Mitbestimmungsrecht zu gewähren ist, "müssen nach Art und Schwere der Krankheiten differenziert und mit zunehmender Verweildauer gesenkt werden", damit auch davon ein Anreiz sowohl zur Senkung der Verweildauer als auch zum Abbau von Überkapazitäten ausgehen kann. Durch die Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung soll sichergestellt werden, daß a) "die aufwendigen medizinisch-technischen Einrichtungen soweit wie möglich gemeinsam von Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten genutzt werden" und b) dort, wo es die Versorgung der Bevölkerung erfordert, die Krankenhäuser auch für die ambulante Behandlung der Sozialversicherten geöffnet werden.

2/ Ärzteeinkommen

Auch im ambulanten ärztlichen Bereich muß die Versorgung kostengünstiger und dabei noch bedarfsgerechter erfolgen. Als Mittel sieht das Zehn-Punkte-Programm dazu u.a. vor:

- bessere Verteilung der Arztsitze durch den Entwurf eines Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetzes,
- stärkere Kooperation zwischen den niedergelassenen Ärzten, um die Qualität der ambulanten Versorgung zu erhöhen und zudem "einen rationelleren Einsatz der technischen Ausrüstung sowie der medizinischen Fachkräfte" zu erreichen,
- Neugestaltung der Gebührenordnung für Ärzte, um die "eigentlichen ärztlichen Leistungen, wie Beratungen und Hausbesuche, im Vergleich zu den technischen Verrichtungen" aufzuwerten,
- Aushandeln der ärztlichen Vergütungen zwischen der Kassenerztlichen Bundesvereinigung und den Bundesverbänden der gesetzlichen Krankenversiche-

- zung, wobei die Position der letzteren erheblich gestärkt werden muß,
- die bisher überhöhten Einkommenszuwächse der Ärzte und Zahnärzte müssen abgebaut werden.

3/ Arzneimittelkosten

In den rund 8 Milliarden DM, die 1974 für Arzneimittel ausgegeben wurden, sind 20 vH Werbungskosten enthalten, die durch ein Verbot jeglicher über die Sachinformation der Ärzte hinausgehenden Werbung ganz erheblich eingespart werden können. An weiteren Maßnahmen, um die Arzneimittelkosten zu senken, wurden vom Parteitag beschlossen:

- "Einschränkung der Zahl der verordneten Medikamente pro Rezeptblatt" und Anbieten von therapiegerechten Packungsgrößen,
- "fortzuschreibender bewertender pharmakologisch-therapeutischer Vergleich"
- in Form von Positivlisten werden "medizinisch-gleichwertige Medikamente verbindlich gemacht", wobei "von der Liste abweichende Verordnungen... besonders begründet werden" müssen,
- Verhinderung überhöhter Gewinne der Pharmaindustrie, des Großhandels und der Apotheken.

4/ Reform der GKV

Der Parteitag stellte fest, daß das heutige System, daß wir je nach Kasse oder Kassenart eine ungleiche Beitragsbelastung der Versicherten haben, dem Wesen der Krankenkassenbeiträge als Solidarbeiträge widerspricht. Aber auch die Krankenkassen selber werden mit dem Zehn-Punkte-Programm aufgefordert, zur Kostendämpfung dadurch beizutragen, daß "eine wirtschaftlich günstigere Betriebsgröße" angestrebt wird, die Zahl der Krankenkassen drastisch reduziert werden, und daß die Kooperation zwischen den Krankenkassen verstärkt wird. Einschneidend ist die Forderung, daß die Selbstverwaltung der Krankenkassen künftig wieder ausschließlich durch die Sozialversicherten erfolgen soll.

5/ Versicherte

Da auch die Versicherten selber durch ihr Verhalten nicht unwesentlich zur Kostenexplosion beitragen, muß durch Gesundheitsbildung und Gesundheitsaufklärung erreicht werden, daß möglichst jeder Versicherte erkennt, daß auch er ein Teil einer Gesellschaft ist, die solidarisches Handeln verlangt. Trotz aller dieser Maßnahmen geht der Parteitag davon aus, daß eine effiziente Gesundheitsversicherung nur durch eine längerfristige Strukturreform des Gesundheitswesens sicherzustellen ist.

(-/ 15.12.1975/wi/pr/e)

+ + +

Mit "Option III" zur Rüstungsreduzierung

Die westlichen Impulse für die MBFR-Verhandlungen

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Zwei Probleme sind für die Sicherheit in Mitteleuropa besonders schwerwiegend. Das sind: 1/ die große Konzentration von Soldaten und Waffen in Mitteleuropa und 2/ die starke Überlegenheit des Ostens an Landstreitkräften und Panzern in diesem Raum.

Beides bedeutet eine ständige Gefährdung der Sicherheit und des Friedens für Europa und die Welt, weil im Gegensatz zu anderen Regionen beide Führungsmächte, USA und Sowjetunion, direkt in einem Konflikt einbezogen wären.

Es ist das vordringliche Ziel der MBFR-Verhandlungen in Wien, diesen Zustand dadurch zu verbessern, daß die Truppenstärke der NATO und des Warschauer Paktes in Mitteleuropa gesenkt werden. Gleichzeitig soll in diesem Prozeß die Zahl der Soldaten in dem Raum auf einen annähernden Gleichstand gebracht werden. Da der Warschauer Pakt in Mitteleuropa vor allem bei den Landstreitkräften stark überlegen ist, erwarten wir, daß er entsprechend mehr Truppen und Panzer aus Mitteleuropa herausnimmt. Andererseits wird zur Zeit die östliche Überlegenheit an konventionellen Streitkräften durch nukleare Einsatzmittel der USA ausgeglichen. Wenn der Osten seine konventionelle Überlegenheit abbaut, kann der Westen auch auf den Teil der nuklearen Einsatzmittel in Mitteleuropa verzichten, der als Gegengewicht gegen diese Überlegenheit des Ostens gedacht ist. Der Westen ist dazu bereit.

Mit diesem von der NATO beabsichtigten Vorschlag - der sogenannten Option III - soll endlich der Reduzierungsprozeß eingeleitet werden, der zu dem Ergebnis annähernd gleichstarker Landstreitkräfte in Mitteleuropa auf niedrigerem Niveau führt. Aus der Reaktion auf die Option III werden wir schließen können, ob der Osten an einer bedeutsamen Reduzierungsvereinbarung interessiert ist. Diese Vereinbarung würde die Stabilität in Europa erhöhen und damit die Krisenanfälligkeit verringern.

(-/15.12.1975/wi/pr)

Rettungswesen wird zügig modernisiert

Dichtes Netz von Rettungshubschraubern bietet optimale Hilfe

Von Horst Seefeld MdB

Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses im Bundestag

Der Bundesverkehrsminister hat kürzlich dem Deutschen Bundestag eine "Übersicht über die vorhandenen Einrichtungen nach den Anforderungen an ein modernes Rettungssystem" übermittelt. Diese Übersicht "Rettungswesen" entspricht einem Auftrag, den der Verkehrsausschuß des Bundestages dem Minister gegeben hatte. In einem Soll-Ist-Vergleich werden in der umfangreichen Drucksache nicht nur der Stand der derzeitigen Gesetzgebung dargestellt sondern auch ausführliche Angaben über den Aufbau eines Systems von Rettungsleitstellen, die Zahl der vorhandenen Rettungswachen in der Bundesrepublik, die Anzahl der Rettungswagen und Krankentransportwagen sowie der Stand des Aufbaus eines Netzes von Rettungshubschrauber-Stützpunkten aufgezeigt.

Zum Stand der Gesetzgebung, das bedeutet die Verabschiedung der Rettungsgesetze in den dafür zuständigen Bundesländern, ergibt sich folgendes Bild:

Baden-Württemberg - Gesetzentwurf liegt dem Landtag vor.

Bayern - Gesetz ist seit 1. Januar 1974 in Kraft.

Berlin - durch das Feuerwehrgesetz geregelt.

Bremen - durch das Feuerschutzgesetz geregelt (Novellierung vorbehalten).

Hamburg - durch das Feuerwehrgesetz geregelt.

Hessen - durch Vereinbarungen mit den Beteiligten nach Gesetz geregelt.

Niedersachsen - Gesetzentwurf in Vorbereitung.

Nordrhein-Westfalen - Gesetz seit 1. Januar 1975 in Kraft.

Rheinland-Pfalz - Gesetz seit 1. Januar 1975 in Kraft.

Saarland - Gesetz tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

Schleswig-Holstein - Gesetz seit 1. April 1975 in Kraft.

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß das Land Niedersachsen bisher als einziges noch keine endgültige Vereinbarung über das Rettungswesen getroffen hat. Hier ist allerdings zu hoffen, daß die Verabschiedung im Landtag im nächsten Jahr erfolgt. Die hessische Regierung hatte bisher darauf verzichtet, im Landtag eine eigene Gesetzgebung zum Rettungswesen vornehmen zu lassen. Durch Vereinbarungen mit den Beteiligten war man recht gut gefahren. Allerdings bleibt nicht auszuschließen, daß auch Hessen dem Trend der anderen Landesregierungen folgt und das Rettungswesen durch Gesetz regelt. Mit diesem Sachstand ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß die Länder nunmehr einer Forderung, die ich seit Jahren immer wieder erhoben habe, gefolgt sind und

das Rettungswesen so weit wie möglich vereinheitlicht haben. Es kann heute nicht mehr - wie das früher noch der Fall war - die Behauptung aufrecht erhalten werden, daß das Rettungswesen in der Bundesrepublik unterschiedlich sei und die einzelnen, am Rettungswesen beteiligten Organisationen sich gegenseitig den Verletzten auf der Straße streitig machen.

Bei der Anzahl der Rettungsleitstellen und der Rettungswachen sowie der Rettungswagen und Krankentransportwagen ist eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung festzustellen. Zwar muß auch nach der vom Bundesverkehrsminister vorgelegten Aufstellung registriert werden, daß das vorgesehene Soll noch nicht überall in den Bundesländern erreicht werden konnte. Man muß allerdings in Erwägung ziehen, daß es sich dabei oft um sehr kostspielige Einrichtungen handelt, die nicht ohne weiteres - besonders auch bei angespannter Haushaltslage - sofort installiert werden können.

Das Netz der Rettungshubschrauberstützpunkte wird immer größer. Die im Bericht genannten 17 Stützpunkte sind seit der Drucklegung der Vorlage schon wieder erhöht worden. Daher kann davon ausgegangen werden, daß inzwischen an 19 Stellen in der Bundesrepublik Rettungshubschrauber stationiert sind, die zum Teil vom Katastrophenschutz oder von der Bundeswehr, aber auch von privaten Organisationen betrieben werden. Zwei weitere Hubschrauber des Katastrophenschutzes sollen in den nächsten Monaten folgen. Gerade durch die Ausweitung des Netzes der Rettungshubschrauber in der Bundesrepublik hat die Bundesregierung für die Bürger unseres Landes eine "optimale" Möglichkeit der schnellen Rettung bei Unfällen geschaffen. Allerdings wird hierfür auch viel Geld aufgewendet. Der Bundestag wird diese Bemühungen der Bundesregierung unterstützen und Sorge tragen, daß die notwendigen Unterhaltungskosten für den kostspieligen Hubschrauber-Einsatz bereitgestellt werden.

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung über das Rettungssystem ist vervollständigt durch einen Anhang, der sich mit dem einheitlichen Notrufnummernsystem im Bundesgebiet befaßt. Bekanntlich ist dem Bundestag schon im vorigen Jahr eine Übersicht hierzu gegeben worden. Es bleibt zu hoffen, daß die zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten der Bundesländer getroffene Vereinbarung über den Ausbau der Notrufnummer 110 schnellstens realisiert wird.

Als Fazit der Vorlage des Berichtes der Bundesregierung darf festgestellt werden: Trotz sicherlich noch immer vorhandener Wünsche der Bevölkerung kann jeder Bürger unseres Landes erkennen, daß die Bundesregierung und die Bundesländer nichts unversucht lassen, um zusammen mit allen beteiligten Organisationen und freiwilligen Helfern das Rettungswesen in unserem Land auf einen Stand zu bringen, der den Forderungen unserer Zeit gerecht wird.

(-/ 15. 12. 1975/bgy/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Klassenauftrag der Grenztruppen"

Von Erich Peter

Generalleutnant der Nationalen Volksarmee, Stellvertreter des Verteidigungsministers und Chef der Grenztruppen der DDR

Das Wochenblatt der Nationalen Volksarmee, "Volksarmee", brachte am 3. November 1975 diesen Beitrag, den wir allmählich dokumentieren.

"Geführt von der marxistisch-leninistischen Partei sichern die Grenztruppen der DDR die Staatsgrenze unserer Republik und tragen damit wesentlich bei, die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe zu verwirklichen. Sie erfüllen ihren Klassenauftrag fest verbunden mit ihren Genossen der NVA, der anderen Schutz- und Sicherheitsorgane unserer sozialistischen Staatsmacht, an der Seite unserer sowjetischen Waffenbrüder und in vertrauensvoller und bewährter Zusammenarbeit mit der Grenzbevölkerung. Betrau dem Fahneneid haben die Grenzsoldaten ihren Kampfauftrag auch unter komplizierten Bedingungen immer in Ehren erfüllt. Ihre ausgezeichneten Taten, die Unantastbarkeit unserer Staatsgrenze, die Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet, die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft, reihen sich würdig in die Bilanz ein, die die Werktätigen in der Erfüllung der Beschlüsse des VIII. Parteitages ziehen können.

Die Gegner der Entspannung mußten und müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Staatsgrenze der DDR zuverlässig geschützt wird.

Im Bewußtsein der wachsenden Verantwortung für den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenzen der DDR zur BRD und zu Westberlin haben die Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche und Offiziere der Grenztruppen der DDR im sozialistischen Wettbewerb große Anstrengungen unternommen, um alle politischen und militärischen Aufgaben zu lösen, und sie haben dabei eine breite Masseninitiative entwickelt. Das stärkte und festigte die politische Bewußtheit, die militärische Meisterschaft, die revolutionäre Wachsamkeit, die militärische Disziplin und Ordnung und ließ damit die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der Grenztruppen der DDR meßbar anwachsen. Wesentlich stieg die Anzahl der militärischen Kollektive, der Grenzkompagnien und Truppenteile, die Bestleistungen erreichten.

Die Angehörigen der Grenzeinheiten Zang, Machunsky, Broese und Linke gehören z. B. zu den Einheiten, die seit Jahren den ihnen anvertrauten Grenzabschnitt erfolgreich sichern. Sie wurden den wachsenden politischen und militärischen Anforderungen des zuverlässigen Schutzes der Staatsgrenze immer besser gerecht. Mehrmals erkämpften sie bereits den 3. Stenittel. In den Hauptausbildungszweigen erreichten sie ausgezeichnete und gute Ergebnisse. Beharrlich erfüllten und unterboten sie die Normen der Gefechtsbereitschaft.

Im Kampf um hohe politische und militärische Kenntnisse und Fertigkeiten wurden besonders die Waffenbrüderschaftsbeziehungen mit dem "Regiment nebenan" zielstrebig gefestigt. Kennzeichnend dafür ist, daß sich der direk-

te Leistungsvergleich immer mehr zu einem breiten Erfahrungsaustausch entwickelt und die Maßstäbe der sowjetischen Genossen für eine hohe Gefechtsbereitschaft zu den eigenen gemacht wurden. Eine hervorragende Rolle spielten dabei die Kommunisten und die FDJ-Grundorganisationen in den Einheiten, Truppenteilen und Stäben.

Mit dem Verbandesauftrag für das Ausbildungsjahr 1974/75: Auf den Spuren der Kampftraditionen der Sowjetarmee und der sowjetischen Grenztruppen - zu neuen Erfolgen bei der zuverlässigen Sicherung der Staatsgrenze lösten sie unter allen jungen Grenzsoldaten eine große Initiative aus, diese unerschöpfliche Quelle reicher Kampferfahrungen zielstrebig zu nutzen. Vielfältig und in großem Umfang studierten die Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche und Offiziere die Erfahrungen der ruhmreichen Sowjetarmee und der Grenztruppen der UdSSR, insbesondere des legendären Grenzsoldaten und Helden der Sowjetunion, Oberst N. F. Karapuzs. Diese Aktivitäten verleihen dem ständigen Prinzip des Handelns der Grenzsoldaten der DDR: Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen! neue, kräftige Impulse.

Es erfüllt uns Grenzsoldaten mit Stolz, daß wir mit der ununterbrochenen und gewissenhaften Sicherung der Staatsgrenze der DDR einen wichtigen Beitrag zum zuverlässigen Schutz des Sozialismus und des Friedens an der Westgrenze der sozialistischen Gemeinschaft leisten.

Ausgehend von der historischen Tatsache, daß die Sicherheit der europäischen Staaten vor allem die Sicherheit ihrer Grenzen ist, werden die Grenztruppen der DDR auch künftig ihren Klassenauftrag so erfüllen, daß alle Feinde des Sozialismus und Gegner der Entspannung an unserer Staatsgrenze nicht zum Zuge kommen. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß es trotz aller Erfolge im Kampf um Entspannung und Sicherheit keinen Anlaß gibt, sich über das aggressive Wesen des Imperialismus und seine Ziele Illusionen zu machen. Nach wie vor forcieren die Staaten der NATO das Wettüben, betreiben sie eine abenteuerliche, gegen die sozialistischen Staaten gerichtete Militärpolitik.

Angesichts dieser Tatsache wäre jedes Nachlassen in der Sicherung unserer Staatsgrenze eine Ermunterung der Gegner der europäischen Sicherheit und Entspannung. Unsere Aufgabe ist es, noch verantwortungsbewußter für den zuverlässigen Schutz des Sozialismus und seiner Grenzen zu sorgen. Je stärker der Sozialismus und je sicherer sein militärischer Schutz, um so größer sind Fortschritte in der Entspannung, um so sicherer ist der Frieden in Europa. Darum darf es in der weiteren Erhöhung der Wachsamkeit keine Atempause und kein Nachlassen geben.

Die Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin jederzeit gegen alle imperialistischen Machenschaften und Anschläge zu sichern, ist und bleibt Klassenauftrag der Grenztruppen der DDR.

Die Kommunisten sowie alle Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche, Offiziere und Zivilbeschäftigten der Grenztruppen der DDR sind in die Etappe der unmittelbaren Vorbereitung des IX. Parteitages eingetreten. Wie alle Werktätigen unseres Landes, so bereiten auch die Grenzsoldaten, begeistert von den richtungweisenden Beschlüssen der 14. und 15. Tagung des ZK der SED mit neuen Initiativen im sozialistischen Wettbewerb den IX. Parteitag vor, um auf allen Gebieten die Beschlüsse des VIII. Parteitages voll und ganz zu erfüllen, die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft sowie die Sicherheit unserer Staatsgrenzen weiter zu erhöhen." (-/15.12.1975/wi/pr)

+ + +